

DIE ERSTE ENTWICKLUNGSPHASE DER VERFASSUNG DER RÖMISCHEN REPUBLIK

(Vom Verfall der Monarchie bis zum Dezemvirat)

Die Ausgestaltung der republikanischen Verfassung und besonders der Übergang von dem monarchischen zum republikanischen Regierungssystem ist eines der schwierigsten und zugleich der vielumstrittensten Probleme der römischen Rechtsgeschichte.¹ Unser Quellenmaterial, d. h. die von Cicero-Livius-Dionysios und die von Diodoros überlieferte annalistische Tradition berichtet fast gleichförmig über die innen- und außenpolitische Entwicklung Roms nach dem Sturz des Königtums. Laut dieser Überlieferung entstand unmittelbar nach der Beseitigung des Königtums die Zweikonsulverfassung, d. h. es wurden zwei Höchstmagistrate, die Konsuln benannt waren, mit echter königlicher also unbeschränkter Gewalt auf ein Jahr von gleichem Range durch die Zenturiatkomitien gewählt.² Nach der Darstellung derselben Überlieferung sind die wichtigsten Einrichtungen des Staates, vor allem der Senat und die Volksversammlungen, schon in der Königszeit zustande gekommen und sie blieben auch während der Republik weiter tätig.³ Die wichtigste Neuerung war nach der Vertreibung des Königshauses — laut dieser Überlieferung — am Anfang der Republik neben der Einführung des Konsulates die Entstehung der Organisation der Plebs, mit unverletzlichen eigenen Magistraten, die Volkstribunen genannt wurden und die mit den Rechten: *cum plebe agere*, *ius auxilii* und *intercessionis* bekleidet waren. Diese plebejische Organisation, von den Patriziern durch eine Secession abgezwungen und mittels der sogenannten *leges sacrae* befestigt, war in Wirklichkeit ein Staat im Staate, sie bezeichnet den Beginn des sogenannten Ständekampfes.⁴ Nach der allgemein verbreiteten Meinung dauerte dieser Ständekampf bis zur Licinisch-Sextischen Gesetzgebung, also bis zum Jahr 367, in Wirklichkeit aber viel länger, bis zum Ende des vierten Jahrhunderts v. u. Z. Die erste wichtige Station dieser Entwicklung zum Ausgleich der Stände war die Zwölftafelgesetzgebung, mit der auch die erste Etappe der Verfassungsgeschichte der römischen Republik endet.⁵

Die Darstellung der römischen Überlieferung in Betreff des Übergangs von der Alleinherrschaft zum Freistaat, deren kurzgefaßte Inhaltsübersicht ich bereits vorgebracht habe, ist mit romanhaften Erzählungen

und anderen unhistorischen Elementen derart ausgemalt, daß sie durch die historische Kritik von Zeit zu Zeit für unglaublich gestempelt wird.⁶ Im vorigen Jahrhundert wurde die römische Tradition zuerst von den Anhängern der philologisch-kritischen Schule stark kritisiert, ja sogar an der Jahrhundertwende von der rationalistischen Hyperkritik als unzuverlässiges Phantasieprodukt dem Land der Märchen zugewiesen.⁷ Seit dem Anfang unseres Jahrhunderts aber meldete sich eine Richtung von konservativem Charakter in der Geschichtsforschung. Das Vertrauen auf die Überlieferung wurde von Historikern und Rechtshistorikern, die sich auf die neueren Ergebnisse der Archäologie weiterhin der Sprach-Religions- und vergleichenden Rechtsgeschichte stützten, wiederhergestellt, wenngleich der Kampf zwischen Konservativen und Skeptikern auch noch heute nicht beendet ist.⁸

Die Tendenz zur Rehabilitierung der Quellen der älteren römischen Geschichte bzw. Rechtsgeschichte bedeutet nicht zugleich, daß die Meinungsunterschiede auch unter den Anhängern der konservativen Richtung weniger scharf wären. Diese Erscheinung ist durch verschiedene Gründe zu erklären: 1. Die voneinander sehr abweichenden Erklärungen des archäologischen Quellenmaterials. 2. Die Divergenzen zwischen den Daten der annalistischen und der antiquarischen Tradition. 3. Die Widersprüche selbst in dem annalistischen Quellenmaterial, die für verschiedene Annahmen bzw. Hypothesen den Weg vorbereiten. So z. B. während Livius,⁹ Cicero¹⁰ und Dionys von Halikarnaß¹¹ behaupten, daß nach der Beseitigung des Königtums zwei Konsuln ins Amt getreten sind, hießen laut Zonaras die Höchstmagistrate in Rom bis 449 praetores, also nicht consules.¹² Diese Angabe scheint umso zuverlässiger zu sein, da auch Livius und Festus bestätigen, daß in der ältesten Zeit der Republik die Stelle des praetor maximus ein eponymes Amt war,¹³ also es scheint sehr wahrscheinlich, daß der praetor maximus statt der Konsuln als Höchstmagistrat in Rom fungierte. Das ist desto glaubhafter, da noch die Zwölftafeln die Konsuln nicht kennen, sie sprechen nur vom praetor.¹⁴ Der Fall des praetors, den ich hier angeführt habe, ist nur eine von den Unsicherheiten unserer Quellen, wirft aber ein klares Licht auf die großen Schwierigkeiten, die sich uns entgegen stellen.

Eine typische Eigenart der annalistischen Tradition ist die Iteration, d. h. die Wiederholung desselben Gesetzes oder desselben Motivs. So wurde z. B. die Lex Valeria Horatia de provocatione nach der Annalistik im Gründungsjahr der Republik von der Volksversammlung bestimmt,¹⁵ aber im Jahr 449 wird dasselbe Gesetz wieder von den Comitien bewilligt.¹⁶ Natürlich gilt das erste von diesen Gesetzen für falsch, wie es im allgemeinen vermutet wird,¹⁷ eine Erfindung des Annalisten Valerius Antias, der einen seiner Ahnen als den Freund des Volkes (lateinisch Publicola oder Poplicola) hinzustellen versuchte.¹⁸ In einer so primitiven Zeit scheint eine demokratische Neuerung wie die provocatio ad populum ganz unwahrscheinlich.¹⁹ Der Forscher soll sich jedoch davor hüten, alle Iterationen als Fälschungen zu betrachten. Der erste römisch-punische Vertrag, der nach Polybios' Behauptung im Gründungsjahr der Republik ge-

geschlossen wurde, kann nicht ohne weiteres für eine Fälschung gelten, nur weil 150 Jahre später es zur Schließung einer anderen, sogar ähnlichen Vertrages²⁰ kam. Ebenso halte ich es für unbegründet, das *foedus Cassianum*, d. h. das römisch-latinische Einvernehmen vom Jahre 493 in Verdacht zu nehmen, weil später im Jahr 358 ein ähnlicher Bündnisvertrag zwischen Rom und den Latinern geschlossen wurde.²¹ Wie es aus den angeführten Fällen hervorgeht, gibt es viele Probleme in der Epoche der Umwandlung der Monarchie zur Republik, in denen keine eindeutige Lösung zu erwarten ist, oder anders gesagt, in denen die Möglichkeiten beim Erklären verschiedenartig sein können. Der Kritiker hat jedoch anlässlich der Überprüfung der römischen Überlieferung die Zeugenschaft nicht zu übersehen, die im Laufe der Geschichte der Herodotkritik zur Geltung kam: es ist weit leichter eine Belegstelle für falsch zu stempeln, als an deren Platz einen wirklich zuverlässigen Beleg zu setzen.

Die wichtigen Charakteristika der schriftlichen Quellen habe ich daher ein bißchen ausführlicher behandelt, da die Meinungsverschiedenheiten unter den modernen Forschern über die Umwandlung der Monarchie zur Republik größtenteils auf die verschiedenen Erklärungen und Standpunkte den Angaben der Quellen gegenüber zurückzuführen sind.²²

Die Schilderung der römischen Annalistik über die Anfänge der republikanischen Verfassung wurde wenigstens in ihren Grundlagen auch von der Mehrzahl der modernen Forscher — von der Autorität des größten der Altertumswissenschaftler, Th. Mommsen, beeinflusst — angenommen. Sich auf die Daten der Überlieferung stützend, meint die Mommsen'sche Theorie, daß die Monarchie unmittelbar durch die Zweikonsulverfassung ersetzt wurde.²³ Den konservativen Charakter der sogenannten Revolution, d. h. die Abschaffung des Königtums und die Umwandlung der Monarchie in die Republik, betonte selbst Mommsen nachdrücklich.²⁴ Eine, der römischen ähnliche Verfassungsänderung ist auch in dem alten Griechenland zu beachten, wo, wie z. B. in Athen, die Kompetenzen des Königs allmählich von den Archonten übernommen wurden, während sich die Obliegenheiten des Königs auf das Gebiet der Opfertätigkeit beschränkt haben.²⁵ Die Analogie des archon basileus kann mit dem *rex sacrorum* kaum übersehen werden.²⁶ Geradeso ist es wohl bekannt, daß selbst die Römer die Entstehung ihrer politischen und religiösen Einrichtungen aus der Königszeit herleiten wollten, was mit dem gewaltsamen Sturz der Alleinherrschaft, ja sogar mit einer Revolution, ebenfalls kaum in Einklang zu bringen wäre.

Die Annahme, daß der Übergang von dem Königtum zum Freistaat einen evolutionären Charakter hatte, und so die republikanische Verfassung nicht das Ergebnis einer gewaltsamen Umwandlung, sondern einer allmählichen Entwicklung sei, gewann von dem Beginn unseres Jahrhunderts an eine erhebliche Ausbreitung unter den Rechtshistorikern. Es entstanden zwei Theorien evolutionärer Auffassung über die Umwandlung aus der monarchischen zur republikanischen Verfassung: 1. Die Dreipraetoren-Verfassungstheorie²⁷. 2. Die Theorie über das einstellige Höchstamt als Rechtsnachfolger des Königtums.²⁸

Als Begründer der Theorie der Dreipraetoren-Verfassung galt der große italienische Gelehrte, G. De Sanctis, dessen Auffassung die Analogien der athenischen Verfassungsgeschichte beeinflußt haben. Nach der Ansicht De Sanctis seien an die Stelle des Königs drei Praetoren mit gleicher Amtsgewalt getreten, die Vorsteher der drei römischen Stammtribus. Der Praetor maximus war – laut dieser Annahme – ein Alterspräsident des Praetorenkollegiums.²⁹ Bezüglich dieser Dreipraetoren-Verfassungstheorie, die nach ihren Anhängern eine Übergangsverfassung von dem Königtum zur Zweikonsulverfassung sein dürfte, bleibt die Frage offen, ob der Praetor maximus eine stärkere Amtsgewalt besaß als die anderen zwei Praetoren. Von Lübtow hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Wort maximus kein hinreichend sicherer Beweis gerade für die Dreizahl ist.³⁰ Jedenfalls vermuten die Anhänger der Dreipraetoren-Verfassungstheorie eher eine kontinuierliche Entwicklung, als es die Tradition stützende Mommsen'sche Auffassung zugeben will. De Sanctis und seine Anhänger betrachten die Schaffung des Amtes der älteren Praetoren als Ursache, nicht aber als Folge der Beseitigung des Königtums.³¹

Die zweite Theorie, die ich erwähnte, über das einstellige Höchstamt als Nachfolger des Königtums, gewinnt in unserer Zeit immer stärker am Boden.³² Laut dieser Auffassung ist zwischen der letzten Periode des Königtums und der ersten Etappe der Republik aus staatsrechtlichem Aspekt keine feste Grenze zu ziehen. Dem Sturz des lebenslänglichen Königtums folgte ein Jahresherrscheramt, d. h. ein einstelliges Oberamt, dessen Träger magister populi oder praetor maximus hieß.³³ Die Wurzel des Wortes magister ist magis und davon ist die erste Deutung des magister: Höhergestellter.³⁴ Aller Wahrscheinlichkeit nach entstand das Amt des magister populi in einer sehr alten Zeit, in der 'populus' einfach das Heer bedeutete.³⁵ Wenn der spätere magister populi als dictator nur das Fußvolk befahl, während sein Unterfeldherr, als magister equitum der Reiterführer war, das steht nicht im Wege jener Annahme, daß der eigentliche, d. h. der uralte magister populi, der mit dem praetor maximus identisch war, ein Jahresherrscher gewesen sei und unmittelbar dem König nachfolgte.³⁶

Es gibt natürlich bedeutende Meinungsverschiedenheiten auch unter den Anhängern der Jahresherrscher-Theorie, besonders in den Einzelfragen der Entwicklung des Oberbeamtentums.³⁷ Von Lübtow, der am ausführlichsten den Entwicklungsgang der Verfassung von der Monarchie zur Zweikonsulverfassung rekonstruierte, vertritt die Ansicht, daß nach dem Sturz des Königtums die Einrichtung des Zwischenkönigtums eingeführt war, und erst später, als diese Regierungsform als nicht geeignete aufgegeben wurde, kam es zum erstenmal zur Ernennung des praetor maximus oder magister populi älteren Typs. Diese Würde sei laut der vorliegenden Hypothese zugleich die eines Jahresherrschers, also eines eponymen Amtes, gewesen.³⁸

Wie entwickelte sich weiter die römische Verfassung nach der Einrichtung des Amtes des praetor maximus (magister populi)? Laut der annalistischen Überlieferung wurde um 500 v. u. Z., aber wahrscheinlich

viel später, das diktatorische Amt eingeführt, ein Notstandsmagistrat, der die Kompetenzen des Jahresherrschers, also des praetor maximus (magister populi), übernommen hat, aber nur für eine kurze Frist, höchstens auf 6 Monate. Der dictator ist praetor maximus oder magister populi (Volksmeister) neuen Typs. Er ist kein ordentlicher Magistrat mehr, wie es sein Vorläufer, der praetor maximus war, sondern konnte nur im Falle des Staatsnotstandes ernannt werden.³⁹ Die ordentliche Magistratur, durch die das Amt des praetor maximus ersetzt wurde, war kein einstelliges Jahresamt mehr, sondern ein zweistelliges Kollegium, also eine Doppelmagistratur von ungleicher Kollegialität. Wie diese Oberbeamten hießen, bleibt offen, da die Quellenbeweise nicht eindeutig sind. Der Übergang vom einstelligen Oberamt zum zweistelligen geschah jedoch nicht ohne Verwicklungen, die einerseits durch die Verhältnisse des Klassenkampfes zwischen Patriziat und Plebs, andererseits durch die Ereignisse der Außenpolitik hervorgerufen wurden. Im Jahr 451 v. u. Z. wurde eine Kommission von zehn gewesenen Höchstmagistraten zur Aufzeichnung der Gesetze gewählt (decemviri consulari potestate legibus scribundis), einige Jahre später wurde aber die Tätigkeit des nach dem Dezemvirat wiederhergestellten zweistelligen Oberamtes von ungleicher Kollegialität vorübergehend eingestellt und ein neues mehrköpfiges Oberamt (tribuni militum consulari potestate) eingeführt.⁴⁰ Die tatsächliche Ernennung des Oberamtes lag – besonders vor dem Dezemvirat – einzig und allein beim Senat, die *lex curiata de imperio* also die Zustimmung der Curiatkomitien bzw. des vollberechtigten Bürgertums war jedoch eine unentbehrliche verfassungsrechtliche Forderung zu seiner Bekleidung mit dem *imperium*, also mit der Kompetenz der Ausübung vor allem des militärischen Oberbefehls. Jedenfalls endete der Übergang zur gleichgewichtigen Konsularverfassung im Jahr 366 v. u. Z., als die Einrichtung des praetor (consul) maior und minor durch die Licinisch-Sextische Gesetze außer Kraft gesetzt wurde. Die gleichzeitige und gleichmäßige Kollegialität des Doppelkonsulats konnte sich nur von dieser Zeit an ausbilden, als der eine der Konsuln aus der Plebs gewählt wurde.⁴¹

Im Vorhergehenden habe ich den Versuch gemacht, die wichtigsten staatsrechtlichen Probleme der älteren Epoche der römischen Republik auf Grund des neueren Schrifttums zu überblicken, besonders diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten im Vordergrund der modernen Forschung standen. Ich möchte jetzt einige kritische Bemerkungen über die Ergebnisse der neueren verfassungsrechtlichen Forschungen ausdrücken und meine Auffassung über die erste Etappe der republikanischen Verfassungsentwicklung in aller Kürze ausführen.

Das vielumstrittene Hauptproblem, was für eine Übergangsregierung der gestürzten Alleinherrschaft nachfolgte, kann auf Grund der dürftigen und in vielen Punkten nicht zuverlässigen Quellen nicht einmal beruhigend entschieden werden. Es darf jedoch mit größerer Wahrscheinlichkeit behauptet werden: 1. daß nach dem Sturz der Alleinherrschaft eine uralte Einrichtung des patriarchalischen Königtums, das Zwischenkönigtum (interregnum) nach der Vertreibung der Tarquinier in der Republik als

außerordentliche, provisorische Regierungsform ins Leben getreten ist. 2. daß ein Doppelmagistrat zwar mit ungleicher Kollegialität schon früh in der Republik als Derivat des Einstelligen Höchstmagistrats, bzw. des Jahresherrschertums, sich betätigte. Ob die Benennung dieses Oberamtes praetor bzw. praetor maximus oder magister populi (dictator) gewesen ist, mit einem collega minor, dessen Titel praetor oder magister equitum war, bleibt ein umstrittenes Problem.

Die Frage des Zwischenkönigtums wurde auch neuerdings von bedeutenden Forschern tiefgehend untersucht. Nach der annalistischen Tradition ist das Zwischenkönigtum eine Einrichtung der Königszeit, die nach dem Tod des ersten Königs Romulus eingeführt wurde und von dieser Zeit an stets eine nicht unbedeutende Rolle in der Geschichte der Römer spielte.⁴² Eine Anzahl von hervorragenden Gelehrten argumentiert jedoch dahin, daß das Zwischenkönigtum nicht in der Königszeit entstanden sei, wie das von der Tradition überliefert wurde, sondern erst nach dem Sturz des Königtums als provisorische Regierungsform eingeführt wurde.⁴³

Die Genehmigung dieser Hypothese stößt — meiner Meinung nach — auf große Schwierigkeiten. Das Interregnum, wie auch sein Name verrät, knüpft sich als Einrichtung unbestreitbar zum Königtum. Die interreges, die Zwischenkönige, beweisen schon mit ihren Namen unzweifelhaft, daß ihre Tätigkeit bis zur Wahl des neuen Königs dauerte und sie also für eine kurze Frist mit der königlichen Gewalt bekleidet waren. Es ist kaum glaubhaft, daß eine Einrichtung, die selbst in ihrer Benennung an die königliche Regierungsform erinnert und, wie ihr ganzer Charakter beweist, eine provisorische Regierung verwirklicht, eigentlich erst nach dem Sturz des Königtums entstanden sei. Andererseits scheint es jedoch für unzweifelhaft, daß diese Institution, die in der voretruskischen Königszeit entstanden war, nach einer weitläufigen Pause eben nach dem Sturz des Königtums auferstanden ist und den patrizischen Staat überlebt hat.

Das Wiederaufleben des Interregnums in dem Freistaat kann aber nicht für ein außergewöhnliches Phänomen betrachtet werden. Es ist nämlich nicht zu vergessen, daß nicht nur das Interregnum, sondern alle Institute der voretruskischen Königszeit, nachdem sie während der etruskischen Herrschaft eingestellt wurden — so vor allem der Senat, ferner die Kurienordnung usw. — nach der Entstehung der Republik wiederhergestellt worden sind. Die Auferstehung des Zwischenkönigtums nach dem Verfall des Königtums kann also keineswegs für auffallend gehalten werden, im Gegenteil, es wäre vielmehr überraschend, wenn diese voretruskische zum Geschlechterstaate gehörige Institution den anderen voretruskischen Institutionen des patrizischen Staates gleich nicht im wiederauflebenden Geschlechterstaate, zwar als eine Notstands Einrichtung, wieder ins Leben gerufen worden wäre.⁴⁴

Wenn die vorher Gesagten richtig sind, folgte der Monarchie eine aus der patriarchalischen Epoche des Königtums wieder ins Leben gerufene Einrichtung provisorischen Gepräges, das Zwischenkönigtum.

Diese Regierungsform ist beachtenswert vor allem darum, da sie als eine wirklich uralte römische Institution der latinisch-sabinischen Etappe des Königtums entstammte und als solche die charakteristischen Züge des Geschlechterstaates beleuchtet.

Es ist eine nicht weniger schwierige Frage, wie sich die republikanische Verfassung nach der unzweifelhaft provisorischen Regierungsform des Zwischenkönigtums weiterentwickelte. Auf Grund der Analogien der Verfassungsentwicklung anderer Völker scheint es fast ausgeschlossen, daß auf jenem primitiven Entwicklungsgrad des Staates und der Gesellschaft die Oberbeamten des Staates durch Volkswahl ersetzt wurden.⁴⁵ Wie es der Wahrscheinlichkeit näher zu stehen scheint, ernannte der interrex — ähnlich wie später einer von den Konsuln den Dictator — den Höchstmagistrat, der aller Wahrscheinlichkeit nach *magister populi* (Volksmeister) oder *praetor maximus* hieß und zugleich ein jährliches eponymes Amt bekleidete. Daß dieser einstellige Höchstmagistrat einen Unterführer hatte, also einen Gehilfen von untergeordneter bzw. ungleicher Machtbefugnis, scheint sehr wahrscheinlich, gleichwie daß dieser Unterführer unter dem Einfluß der Umstände verhältnismäßig schnell, was Gewalt und Kompetenz anbetrifft, emporstieg. Obzwar im Jahr 507 v. u. Z. wahrscheinlich nur ein Höchstmagistrat mit unbeschränkter Gewalt in Rom amtierte, M. Horatius, der, wie bekannt, einzig und allein den Capitoltempel einweihte, und obwohl noch im Jahre 493 Spurius Cassius aller Wahrscheinlichkeit nach einstelliger eponymer Magistrat war, als er mit den Latinern ein Bündnis geschlossen hat, stehen diese Angaben jener wahrscheinlichen Tatsache nicht im Wege, daß neben diesem eponymen Oberamt schon früh ein zweiter Magistrat existierte, ein *collega minor*, dessen genauer Amtstitel uns leider nicht überliefert ist⁴⁶. Es ist von großer Wahrscheinlichkeit, daß im Zeitpunkt der ersten Secession der Plebs, die durch die Annalistik in das Jahr 494 oder 471 festgelegt wurde, schon zwei Oberbeamten in Rom amtierten, wenn auch gewiß noch nicht mit gleicher Machtbefugnis. Die Zweizahl der Volkstribunen d. h. der Vorsteher der plebejischen Organisation ist nämlich als eine Nachahmung des patrizischen Staatsgebildes zu betrachten.⁴⁷ Auch die Vorschrift des Vertrages mit den Latinern, des *foedus Cassianum*, machte wenigstens zwei Höchstmagistrate an der Spitze des Staates unentbehrlich. Laut dieses Vertrages hatten die Römer einen Feldherrn in bestimmten Zeiträumen als Hauptkommandanten zu den Streitkräften des latinischen Bundes mit einem römischen Kontingent auszusenden.⁴⁸ Die Doppelmagistratur von ungleicher Machtbefugnis paßt auch dem Heerwesen der frühen römischen Republik wohl.⁴⁹ Wenn wir noch in Betracht nehmen, daß eigentlich ein einstelliges Oberamt in den latinischen Staaten amtierte, dessen Name *dictator* (*dicator*?) *Latinus* war und das für ein ordentliches Jahresamt galt,⁵⁰ wird uns die Annahme ganz plausibel erscheinen, daß nach der Abschaffung der Monarchie in Rom vorübergehend eine uralte patriarchalische Einrichtung, das Zwischenkönigtum eingeführt wurde, dem bald das Jahresherrschartum, ein eponymes Amt folgte. Dieses Jahresherrschartum (oder Jahresdiktatur)

wandelte sich allmählich zu einer Doppelmagistratur von ungleicher Kollegialität um. Der Höchstamtsträger hat *magister populi* (Volksmeister) oder *praetor maximus* geheißen, während sein Gehilfe, der später vom *collega minor* zum *collega* von *par potestas* emporstieg, *magister equitum* oder *praetor* benannt war. Es muß hier betont werden, daß da ein wichtiger Charakterzug der Magistratur des Adelsstaates zu betrachten ist: keine Spaltung, sondern nur die Befristung der Regierungsgewalt.⁵¹ Der Höchstmagistrat (Volksmeister) der frühen Republik besaß das *imperium* des gewesenen Alleinherrschers, also die ungeteilte und unbeschränkte Vollgewalt der ehemaligen Könige.⁵² Diese höchste Gewalt, die auf übernatürlicher Grundlage ruhte, fiel dem Höchstmagistrat (durch den *Interrex*) von dem Senat zu, der im Besitz eines magischen Charisma, d. h. übernatürlicher und geheimnisvoller Kräfte, gestanden hat.⁵³ Nach der Abschaffung des Königtums fühlten sich nur die *patres*, also die patrizischen Mitglieder des Senats, als regelmässige Nachfolger der Königsgewalt, und daher waren sie allein im Besitz der mit dem *imperium* aufs engste verknüpften *auguria* und *auspicia*, d. h. des Rechts, den Willen der Götter durch Zeichenschau zu erkunden.⁵⁴ Daraus folgte, daß die unbeschränkte königliche Gewalt allein dem Senat herrührte und allein der Senat berechtigt war, diese Gewalt einem Magistrat zu übergeben. Obgleich die *lex curiata de imperio*, also ein gleichfalls aus der Zeit des voretruskischen Staates stammendes Gesetz, das durch die Curiatkomitien über die Übertragung der höchsten Gewalt bestimmt wurde, ein unentbehrliches Postulat war zur Amtsantretung des Höchstmagistrates, dennoch war der Senat die wichtigste staatsrechtliche und religiöse Quelle der Vollgewalt der patrizischen Höchstmagistrate.⁵⁵ Anders war die Lage um die Gewalt des *collega minor*, also des ehemaligen Gehilfen des Jahresherrschers. Die Gewalt des *collega minor* d. h. des *magister equitum* oder *praetor minor* war ursprünglich keine unabhängige, ursprüngliche Gewalt, wie die des Höchstamtsträgers, sondern sie entstammte der Vollgewalt des Höchstmagistrats, war also eine abgeleitete Macht, deren Ausübung von Seiten des *collega minor* die Vollgemacht des Oberamtsträgers keinesfalls beeinflußte bzw. beeinträchtigte.⁵⁶ Die abgeleitete Macht des *collega minor* erhöhte sich allmählich, erreichte jedoch das Maß der Gewalt des Oberbeamten nur dann, als das uralte Recht des Senats, die Oberbeamten zu ernennen bzw. designieren, in Verfall geraten ist, und die Zenturiatkomitien das Recht erhielten, auf Antrag des Oberbeamten des vorigen Jahres die neuen Höchstmagistrate zu wählen bzw. zu bestätigen. Das geschah aber nur in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts, fällt also außer den Grenzen der Epoche, die wir hier zu erörtern versuchten.⁵⁷

Neben den Oberbeamten, die das wichtigste Staatsorgan bildeten, da sie mit der höchsten Exekutive, mit der Oberkommandantur und mit der höchsten richterlichen Befugnis bekleidet waren, fungierten in der ältesten Etappe der republikanischen Verfassungsentwicklung noch zwei Einrichtungen, die auf das öffentliche Leben einen wesentlichen Einfluß ausübten: die Volksversammlungen und der Senat.

Die Rechtshistoriker sind darin einig, daß die Volksversammlungen schon in der Königszeit und demgemäß auch in der Frührepublik eine politische Rolle spielten.⁵⁸ Aber, wie es scheint, war ihre Tätigkeit neben den Magistraten und dem Senat sehr gering und hinlänglich auch bedeutungslos. Die älteste Volksversammlung, die *comitia curiata* war gänzlich von gentilizischem Gepräge, insofern sich ihre Kompetenz für die Bestätigung einzelner familienrechtlicher Angelegenheiten und auf einzelne Funktionen von sakralem Charakter beschränkte.⁵⁹ Die wichtigste politische Obliegenheit, die den Kuriatkomitien zufiel, war — wie ich bereits angeführt habe — die Bestimmung der *lex curiata de imperio*, also eine feierliche Bestätigung der Übertragung der Vollgewalt auf den vom Senat designierten Höchstmagistrat. Dieser feierliche Formalakt, der in der Zeit der Spätrepublik von den Kuriatkomitien durchgeführt wurde, sicherte jedoch keine tatsächliche Gewalt der Volksversammlung zu.⁶⁰ Wie es allgemein angenommen wird, nahmen auch die Klienten und Plebejer seit altersher an den Kuriatkomitien teil, allein sie haben nur in der Hochrepublik ein Stimmrecht erhalten. Es ist sehr interessant, daß der Tradition nach eine andere Art von Volksversammlung, die Zenturiatkomitien schon in der Königszeit entstanden sind, die angeblich das ganze wehrfähige Bürgertum, Patrizier und Plebejer gleichfalls, umfaßten.⁶¹

Laut Livius wurden die ersten Consuln von den Zenturiatkomitien gewählt und auch einige Gesetze wurden von den Zenturiatkomitien beschlossen.⁶² Allein es scheint kaum glaubhaft zu sein, daß die Plebs, die, um ihre Lebensrechte dem Adel abzurufen, notgedrungen war, eine auf religiösen Grundlagen ruhende Sonderorganisation ins Leben zu rufen, mit den Patriziern gemeinsam an der Volksversammlung, an der Gesetzgebung und an der Wahl der Höchstmagistrate teilgenommen hätte. Wenn also von den Zwölftafeln ein *comitatus maximus*, also eine größte Volksversammlung erwähnt wird,⁶³ die von der Mehrheit der Forscher mit den Zenturiatkomitien,⁶⁴ von einer Minderheit der Forscher dagegen mit den Curiatkomitien identifiziert wurde,⁶⁵ so beweist diese Tatsache meiner Ansicht nach keineswegs, daß die Plebs in Wirklichkeit seit dem Anfang der Republik in den Volksversammlungen anwesend, ja sogar stimmberechtigt war. Es ist vielmehr glaubhaft, daß eine das Patriziat und die Plebs in sich aufnehmende große Volksversammlung, von der also die ganze Gemeinde umfaßt war, zum erstenmal eben von den Zwölftafeln, also von der Gesetzgebung des Dezemvirats eingerichtet wurde.⁶⁶

Es scheint auch schon aus psychologischer Hinsicht nicht ausgeschlossen zu sein, daß die Dezemviren, als das Eheverbot zwischen Patriziern und Plebejern in Gesetz festgelegt und auch die plebejische Sondergerichtsbarkeit aufgehoben wurde, aus politischem Bedenken im Interesse einer Versöhnung mit der Plebs eine neue generelle Versammlung eingeführt haben, die allen wehrpflichtigen, also auch den Plebejern offen stand.⁶⁷ Diese Versammlung entnahm ihre Benennung ihrer militärischen Beschaffenheit, da das Bürgertum im Heer nach Zenturien geordnet war. Die Einführung einer aus staatsrechtlichem Aspekt so wichtigen Neue-

rung wie die der Zenturiatkomitien, entsprach wohl der gesetzgeberischen Reformtätigkeit der Dezemvirn, wenn auch die Mehrheit ihrer Gesetze in den Bereich des Privatrechtes, bzw. des Straf- und Prozeßrechtes gehört.⁶⁸ Die große politische Bedeutung der Zenturiatkomitien wird sich jedoch in ihrer Vollständigkeit nur in der nächsten Epoche ausbilden, als das ganze Staatssystem sich auf einer neuen Grundlage organisieren wird, in die auch die Plebejer miteinbegriffen wurden. Diese neue Organisation der Gesellschaft und des Staates wird auch seinen Namen von den neuen Organisationseinheiten führen und wird Zenturienordnung genannt werden.⁶⁹ Die annalistische Tradition — treu ihrem Gebrauch — führt den Ursprung der Zenturienordnung auf die Königszeit, ja sogar auf den König Servius Tullius zurück. In dieser Tatsache findet sich noch nichts seltsames, da es allgemein bekannt ist, daß die Tradition die Anfänge fast aller politischen, religiösen und Rechtseinrichtungen in die Königszeit zurückgelegt hat.⁷⁰ Die Zenturienordnung ist von der Strategie der Phalanx untrennbar und dies wird auch durch den Umstand bewiesen, daß das Amt des Censors, das sich der neuen Verfassung bzw. Staatsordnung eng anschloß, kurz nach dem Dezemvirat aufgestellt wurde.⁷¹

Auch die dritte Art der Volksversammlungen, die Tributkomitien, existierten der Tradition nach schon am Anfang der Republik. Wie bekannt, war das römische Staatsgebiet schon in der ältesten Zeit in örtliche Bezirke, bzw. in Tribus eingeteilt, und jeder Bürger gehörte im allgemeinen derjenigen Tribus an, in der er seinen eigentlichen Wohnsitz hatte. Nach Livius sind 21 Tribus im Jahr 495 entstanden, während andere Quellen die Entstehung der Tribus in die Königszeit datieren.⁷² Nur ist es sehr plausibel, daß das Volk in Rom gleich wie im alten Griechenland die örtliche Organisation aus der Hinsicht seines eigenen Interesses für die vorteilhafteste hielt, denn sein zahlenmäßiges Übergewicht kam bei einer örtlichen politischen Einteilung wohl zur Geltung. So ist es verständlich, daß sich die plebejische Sonderorganisation nachdrücklich auf die örtliche Einteilung der Bevölkerung stützte und seine eigene Volksversammlungen, die *concilia plebis tributa* hießen, auf dieser Grundlage einrichtete. So wird die Wahl der Volkstribunen durch die nach Bodentribus gegliederten *concilia plebis tributa* erst einem Plebiszit des Publius Volero von 471 zugeschrieben.⁷³ Aus diesen plebejischen *concilia tributa* werden sich die allmählich die ganze Bevölkerung, also auch die Patrizier, umfassende *comitia tributa* entwickeln. Die staatsrechtliche Bedeutung der *comitia tributa* wird jedoch in der folgenden Epoche erkennbar werden.

Wie aus den Ausführungen hervorgeht, vermochten die Volksversammlungen in dem von uns erörterten Zeitraum der frühen Republik noch keinen bedeutenden Einfluß auf die Politik Roms auszuüben.

Ganz anders ist es um den Senat beschaffen. Wie ich schon im Vorigen angedeutet habe, blieb nach der Beseitigung des Königtums der Senat im wiederhergestellten Geschlechterstaat — aus verfassungsrechtlicher Hinsicht betrachtet — das oberste, jedenfalls aber das angesehenste Organ.⁷⁴ Aus uralter religiöser Satzung fielen bei Vakanz des König-

tums die Auspizien nebst dem Imperium an den Senat zurück. Wahrscheinlich lag es dem Adel am Herzen, die Interregnalordnung in eine ständige Einrichtung umzugestalten. Allein das Rad der Zeit ging über den patriarchalischen Geschlechterstaat hinweg. Die Sippenhäupter, d. h. die Mitglieder des Senats, wurden von der ungünstigen äußeren und inneren Situation veranlaßt von diesem Bestreben abzustehen und übergaben die unbeschränkte Macht der Könige, das imperium, dem Jahresherrscher, dem Höchstmagistrat der Republik.⁷⁵

Verzichtet auf die Exekutive, blieb der Senat jedoch nebst dem Höchstmagistrat das angesehenste Staatsorgan in der Frührepublik, und wir können wohl hinzufügen, auch weiterhin, in der Hochrepublik. Der Grund für die Autorität und Macht des Senats lag nicht nur in seinem vorher erwähnten charismatischen Charakter, sondern auch darin, daß während sich die Höchstmagistrate jährlich abwechselten, der Senat allein von den Staatsorganen die Beständigkeit des öffentlichen Lebens mit einer Würde und Verantwortung vertrat, die ohne Beispiel in der Weltgeschichte steht. Es erhöhte die Autorität des Senats auch die zur Regel gewordene Sitte, die wahrscheinlich schon früh mit der Kraft eines ungeschriebenen Gesetzes ausgestattet wurde, daß nämlich nach der Beendigung ihres Amtsjahres die Höchstmagistrate quasi automatisch Mitglieder des Senats wurden.⁷⁶ Die Ursache dieser mit Gesetzkraft behafteten Sitte dürfte meiner Meinung nach darin liegen, daß die Jahresherrscher, bzw. die ersten Höchstmagistrate der Republik, ausnahmslos aus den Mitgliedern des Senats ernannt wurden und es schien daher für angebracht, daß die gewesenen Jahresherrscher, bzw. Oberbeamten, nach der Beendigung ihres Amtsjahres wieder in den Senat aufgenommen wurden. Wie ich über das Censorat des Appius Claudius Caecus in bezug auf das plebiscitum Ovinium nachzuweisen versuchte, bestrebte Appius Claudius als censor dieses uralte System der Ergänzung des Senats durch das plebiscitum Ovinium zu verändern, sein Versuch mißlang jedoch wegen des hartnäckigen Widerstandes der Nobilität. Die uralte adelige Auffassung, daß die Magistraturen nichts anderes sind als die Expositionen des Senats, lebte auch in dem Zeitalter der Hochrepublik weiter, ja sogar noch in erhöhtem Grade.⁷⁷

In dem vorher Gesagten versuchte ich die Entwicklung der Verfassung der römischen Republik in ihrer frühesten, d. h. ersten Etappe zu erörtern und gleichzeitig die wichtigsten Einrichtungen dieser Übergangszeit von der Monarchie zur Republik zu rekonstruieren. Zu guter Letzt möchte ich nun in aller Kürze jene historischen Wirkungskräfte anführen, die den Niedergang des römischen Adelstaats herbeigeführt haben und die nächste Phase der römischen Staatsentwicklung, die Epoche des Consulartribunats, vorbereiteten.

Wie ich schon flüchtig vorgebracht habe, war die Blütezeit der Geschlechterstaaten nicht nur in Italien, sondern im ganzen Mittelmeergebiet, am Anfang des 5. Jahrhunderts v. u. Z. schon seit langem vorübergegangen. Statt der Geschlechterstaaten waren Städtestaaten, im Orient territoriale Staaten, ja sogar Reiche mit entwickelten Einrichtungen

und mit gut organisierten, auf die Hopliten basierenden Heeresorganisationen ausgestaltet. Der gentilizische Staat konnte mit seinen veralteten Institutionen den Anforderungen der Zeit auf die Dauer nicht entsprechen, ohne die wichtigsten Staatsinteressen zu gefährden. Die Bevölkerung von nicht adeliger Herkunft, die Massen der Plebs, haben eine feste Organisation gegen die adelige Willkür zustande gebracht, und die Volkstribunen, die Vorsteher dieser Organisation, haben keinen Zweifel dafür gelassen, daß sie die Rechte des Volkes auch mit Gewalt, d. h. durch Revolution, erkämpfen werden.⁷⁸ Von feindlichen Nachbarvölkern umgeben und von nicht weniger gefährlichen inneren Unruhen, ja sogar revolutionartigen Aufständen gefährdet, hat die herrschende Gesellschaftsschicht eingesehen, daß ohne eine umfassende Gesellschaftsreform die Zukunft des Staates nicht mehr gesichert werden kann. Der erste Schritt zur Reform der Gesellschaft geschah, wie auch in anderen Ländern des Altertums, durch die Aufzeichnung des Rechtes. Die Zwölftafelgesetze, die durch die Tätigkeit einer außerordentlichen Höchstmagistratur, der *decemviri legibus scribundis* zustande kamen, stellten keine Rechtskodifikation dar, im eigenen Sinne der Wortes, jedoch sind sie als gesetzgeberisches Werk von ausschlaggebender Bedeutung. Die plebejische Sonderorganisation, die einen Staat im Staate bildete, wurde durch die Zwölftafelgesetze aufgehoben und auch die patrizische Abgeschlossenheit und die Willkür des Adels gebrochen. Die Gesetze, die durch die *Decemviri* aufgezeichnet und öffentlich aufgestellt wurden, dehnten über die ganze Bevölkerung des Staates die Herrschaft des Rechtes aus und verwirklichten den Sieg des Staatsgedankens.⁷⁹ In der Mitte des 5. Jahrhunderts v. u. Z., als die erste Etappe der Verfassungsentwicklung der Republik endete, war Rom noch ein kleiner Bauernstaat am unteren Tiberflusse. Es wurden jedoch mit der Begründung des Rechtsstaates schon die Grundlagen der späteren Größe niedergelegt.

¹ Über die neuere Literatur: U. v. Lübtow: Das römische Volk. Frankfurt am Main 1955. 164 f.; P. de Francisci: Relazioni del V. Congresso Internazionale di Scienze Storiche. Firenze 1955. II. 63 f.; A. Guarino Labeo 9 (1963) 346 f.; 17 (1971) 309 f.; ders.: Storia del diritto romano³. Napoli 1975. 54 f.; ders.: Atti dell'Accademia di Scienze Morali ... in Napoli 82 (1971) 288 f.; W. Kunkel: SZ 72 (1955) 203 f.; 73 (1956) 307 f.; 75 (1958) 302 f.; 77 (1960) 345 f.; J. S. Staveley: Historia 5 (1956) 74 f.; R. Werner: Der Beginn der römischen Republik. München-Wien 1963. passim. E. Meyer: Römischer Staat und Staatsgedanke⁴. Zürich-München 1975. 481 f.; A. Alföldi: Early Rome and the Latins (ERL). Ann Arbor 1965. passim; ders.: Entretiens 13 (1967); A. Momigliano: Quarto contributo alla storia classica. Roma 1969. passim; E. Ferenczy: Festschrift Altheim I. Berlin 1969. 136 f.; R. E. A. Palmer: The Archaic Community of the Romans. Cambridge 1970. passim; M. Sargent: Studi Donatuti III. Milano 1973. 1157 f. F. De Martino: Storia della cost. Rom.² I. 215 f.

² Vgl. A. Alföldi: Antidoron Salin. 1962. 117 f.; ders.: ERL 323 f.; G. Perl: FuF 18 (1964) 185 f., 213 f.; Tränkle: Hermes 93 (1965) 311 f.; R. N. Ogilvie: A Commentary on Livy, Books 1-5. Oxford 1965; S. Mazzarino: Il pensiero storico classico II. I. Bari 1966. 245 f., 285 f.; ders.: Vico, l'annalistica e il diritto. 1971. passim; G. Vitucci: Helikon 6 (1966) 406 f.; A. Momigliano: Terzo contributo alla storia degli Studi classici. Roma 1966. I. 55 f.; Quarto contributo 488 f.; E. Gabba: Entretiens 13 (1967) 135 f.; D. Musti: Quaderni Urbinati 10 (1970).

³ Vgl. A. Guarino: *Storia del dir. rom.*³ 54 f., F. De Martino: *Aufstieg und Niedergang der römischen Welt* (ANRW) I. 1. 1972. 217 f.

⁴ Vgl. W. Hoffmann: *Plebs*, RE XXI. 1. 1951. 73 f. (Geschichte), H. Siber: ebd. 103 f. (Recht), Fr. Altheim: RG II. Frankf. a/M. 1953. 179 f., U. v. Lübtow: a. a. O. 101 f., F. De Martino: *Storia della cost. rom.*² I. 1972. 263 f., 334 f. P. Frezza: *Corso di storia del dir. rom.*² Roma 1968. 106 f. A. Momigliano: a. a. O. 419 f. Neuestens: A. Guarino: *La rivoluzione della plebe*. Napoli 1975. 185 ff.

⁵ Vgl. Fr. Altheim: a. a. O. 202 f., E. Meyer: a. a. O. 60 f. Fr. Wieacker: *Entretiens* 13 (1967) 293 f., M. Kaser: *Röm. Rechtsg.*² 1967. 66 f., P. Frezza: a. a. O. 137 f., Dulkeit-Schwarz: *Röm. Rechtsg.*³ 1970. 46 f., G. Crifò: ANRW I. 2. 1972. 115 f.

⁶ Vgl. L. Wenger: *Die Quellen des röm. Rechts*. Wien 1953. 174 f., A. Momigliano: *Terzo contributo* 2. Roma 1966. 545 f.

⁷ Eine zuverlässige Übersicht der philologisch-kritischen und der rationalistisch-hyperkritischen Richtung der modernen Historiographie: C. Barbagallo: *Il problema delle origini di Roma*. Milano 1926., Giannelli – Mazzarino: *Trattato di storia somana*³, Roma 1965. 217 f., S. Mazzarino: *Il pensiero storico-classico* II. 1. 1966. 245 f., 285 f.; ders.: *Vico; l'annalistica e il diritto*, 1971. passim.

⁸ Vgl. A. Piganiol: *Histoire de Rome*³, Paris 1962. 541 f., S. Mazzarino: *Il pensiero storico class.* II. 1. 245 f., A. Momigliano: *Terzo contributo* 2. 1966. 545 f., M. Pallottino: ANRW I. 1. 1972. 22 f., J. Poucet: ebd. 48 f.

⁹ I. 60. 4.

¹⁰ De leg. 3. 3. 8.

¹¹ IV. 76.

¹² VII. 19.

¹³ Liv. III. 55. 11; VII. 3. 5, Festus s. v. maximum praetorem 152 L. Vgl. Varro, De l. L. 5. 80; De vita pop. Rom. II. (bei Nonius v. consulum p. 23 Merc.)

¹⁴ III. Taf. 5., VIII. 9., XII. 3. Skeptisch: Th. Mommsen: RStR³ II. 1. 75¹.

¹⁵ Vgl. J. S. Staveley: *Historia* 3 (1954/55) 412 f., U. v. Lübtow: a. a. O. 252 f., F. De Martino: 257 f., J. Bleicken: SZ 76 (1959) 344 f.; ders.: RE XXIII. 2. 1959. 2444 f., W. Kunkel: Abh. d. Bayer. Akad. d. Wiss. Philos.-Hist. Kl. N. F. H. 56. 1962., A. W. Lintott: ANRW I. 2. 1972. 226 f.

¹⁶ Zur in der vorigen Anm. angef. Literatur siehe noch: P. Frezza: a. a. O. 66 f., 86 f., A. Guarino: *Storia del dir. rom.*³ 79. f.

¹⁷ Vgl. G. Crifò: SDHI 29. (1963) 288 f., G. Pugliese: BIDR 66 (1964) 156 f. J. Gaudemet: *Institutions de l'Antiquité*. Paris 1967. 273., 320.

¹⁸ Eine Übersicht der diesbezüglichen Literatur: G. Pugliese: *Appunti sui limiti dell'imperium nella repressione penale*. Torino 1939. 8. Anm. 16.

¹⁹ Vgl. E. Pais: *Storia di Roma*³ III. Roma 1928. 123., G. De Sanctis: *Storia dei Romani*² II. Firenze 1960. 49.

²⁰ Vgl. R. Werner: bei Bengtson: *Staatsverträge des Altertums* II. München 1962. 16 f., ders.: *Der Beginn der röm. Rep.* 299 f., E. Ferenczy: RIDA³ XVI. 1969. 259 f., K. E. Petzold: ANRW I. 1. 364 f.

²¹ Vgl. R. Werner: bei Bengtson: *Staatsverträge des Altertums* II. 22., ders.: *Der Beginn der röm. Rep.* 443 f., K. E. Petzold: ANRW I. 1. 364 f.

²² Vgl. die in der 2. Anm. angef. Literatur.

²³ Vgl. Th. Mommsen: RG I.¹³ 245 f.; ders.: RStR II. 1. 74 f.

²⁴ RG¹³ I. 257.

²⁵ Vgl. Busolt – Swoboda: *Griech. Staatskunde* II. München 1926. 783 f., V. Ehrenberg: *Der Staat der Griechen* I. Leipzig 1957. 33.

²⁶ Vgl. J. Gaudemet: a. a. O. 283. P. Frezza: *Corso*² 76., F. De Martino: ANRW I. 1. 221.

²⁷ Vgl. G. De Sanctis: *Storia dei Romani*² I. Firenze 1956. 390 f. A. Heuss: SZ 64 (1944) 49 f., Kr. Hanell: *Das altrömische eponyme Amt*. Lund 1946. 139 f., G. Wesenberg: SZ 65 (1947/48) 319 f.; ders.: RE XXII. 1586 s. v. Praetor, H. Siber: *Röm. Verfassungsrecht*. 1952. 35., E. Meyer: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 38., M. Kaser: a. a. O. 39., A. Momigliano: *Quarto contributo* 403 f.

²⁸ Die Anführung und kritische Behandlung der für das einseitige Oberamt geäußerten Ansichten: U. v. Lübtow: a. a. O. 182 f. Vgl. F. De Martino: ANRW I. 1. 217 f.

²⁹ Vgl. *U. v. Lübtow*: a. a. O. 198.

³⁰ A. a. O. 198. Vgl. *A. Momigliano*: Quarto contributo 411 f.

³¹ Vgl. *Fr. Leifer*: *Klio* 23. Beih. 106., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 171., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 483.

³² Über die ältere Literatur: *Fr. Leifer*: *Klio* 23. Beih. 100 f. Neuerdings: *U. v. Lübtow*: a. a. O. 169 f., *A. Guarino*: *Laboe* 9 (1963) 346 f., 17 (1971) 309 f., *E. Ferenczy*: *Festschrift Altheim I.* Berlin 1969. 167 f.

³³ Vgl. *S. Mazzarino*: Dalla monarchia allo stato repubblicano. Catania 1945. 154 f., 168 f., 189 f., *Kr. Hanell*: a. a. O. passim, *E. Meyer*: *Mus. Helv.* 9 (1952) 181 f.; *ders.*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 38 f., *A. Alföldi*: *Der frühromische Reiteradel*. 1952. 90., *ders.*: *Zur Struktur des Römerstaates*, *Entretiens* 13 (1967) 238 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 168 f., *V. Arangio-Ruiz*: *Storia del dir. rom.* 7 Napoli 1957. 28., *F. De Martino*: *La costituzione rom.*² I. 229 f., *ders.*: *ANRW I. 1.* 234 f., *P. De Francisci*: *Primordia civitatis*, Roma 1959. 743 f., *G. Grosso*: *Lezioni di storia del dir. rom.*³ Torino 1965. 64., *J. Gaudemet*: a. a. O. 284., *Frezza*: *Corso*². 104., *A. Guarino*: *Storia del dir. rom.*³ 57., *A. Magdelain*: *Iura* 20 (1969) 257 f., *J. Ellul*: *Histoire des institutions*⁴ II. Paris 1972. 273.

³⁴ Vgl. *U. Coli*: *SDHI* 17 (1951) 54., *P. De Francisci*: *Primordia civitatis*, Roma 1959. 364 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 200.

³⁵ Vgl. *U. v. Lübtow*: a. a. O. 200.

³⁶ Vgl. *Fr. Leifer*: *Klio* 23. Beih. 100. f., *Kr. Hanell*: a. a. O. 156 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 190 f., *P. De Francisci*: *Primordia civitatis*. 744 f., *R. Werner*: a. a. O. 250 f., *A. Momigliano*: *Terzo contributo* II. 661 f.; *ders.*: *Quarto contributo*, 395 f., *A. Alföldi*: *Entretiens* 13 (1967) 238 f.

³⁷ Vgl. *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 481 f., *J. Gaudemet*: a. a. O. 283 f., *F. De Martino*: *ANRW I. 1.* 217.

³⁸ a. a. O. 190 f.

³⁹ Vgl. *U. v. Lübtow*: a. a. O. 205 f., *ders.*: *Die römische Diktatur* (Sonderdruck aus: *Der Staatsnotstand*) 91 f., *F. De Martino*: *Storia della cost. rom.*² I. 223 f., *P. Frezza*: *Corso*², 104 f., *A. Guarino*: *Storia del dir. rom.*³ 99.

⁴⁰ Vgl. *Lenge*: *REVI. A.* 2448 f., *H. Siber*: *SZ* 57 (1937) 262.; *ders.*: *Röm. Verfassungsgr.* 1952. 93 f., *A. Bernardi*: *Athenaeum* 30 (1952) 36., *J. Béranger*: *Recherches sur l'aspect idéologique du principat*. 1953. 112. *U. v. Lübtow*: a. a. O. 217 f., *A. Boddington*: *Historia* 8 (1959) 356 f.; *ders.*: *Latomus* 18 (1959) 521 f., *R. Werner*: *Der Beginn d. röm. Republik*. 283 f., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 70 f., *P. Frezza*: *Corso*² 149 f., *A. Guarino*: *Storia del dir. rom.*³ 64.

⁴¹ Vgl. *T. R. S. Broughton*: *The Magistrates of the Roman Republic I.* 1951., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 218. *A. Magdelain*: *Recherches sur l'imperium*. 1968., *P. Frezza*: *Corso*² 172 f., *F. De Martino*, *ANRW I. 1.* 233 f., *J. Ellul*: a. a. O. 301.

⁴² Die Daten der Quellen sind angeführt: *J. Jahn*: *Interregnum und Wahldiktatur*, 1970. 55 f., Vgl. *A. Guarino*: *Atti dell'Accademia di Scienze Morali...* in Napoli. 1971. 288 f.

⁴³ Vgl. *U. v. Lübtow*: *SZ* 69 (1952) 154 f., *ders.*: *Das röm. Volk*, 179 f., *F. De Martino*: *Storia della cost. rom.*² I. 176., *R. Werner*: *Der Beginn d. röm. Rep.* 256 f., *A. Magdelain*: *Homages à J. Bayet. Collection Latomus* 70 (1964) 443 f., *A. Alföldi*: *Entretiens* 13 (1967) 250 f.

⁴⁴ Über die Institutionen des voretruskischen Roms neuerdings: *A. Alföldi*: *Die Struktur des voretruskischen Römerstaates*, 1974. In der historischen und rechtshistorischen Literatur bildete sich ein homogener Standpunkt über die Funktion der Institute in den beiden (d. h. latialen bzw. voretruskischen und etruskischen) Perioden des römischen Königtums noch nicht aus. Vgl. *Fr. Leifer*: *Klio* 23. Suppl. Bd. 1931. 77 f., *S. Mazzarino*: *Dalla monarchia allo stato repubblicano*, 1945. 27 f., *Scherillo-Dell'Oro*: *Manuale di storia del dir. rom.* Milano Varese 1950. 76 f., *U. Coli*: *SDHI* 17. (1951) 1 f. = *Scritti di diritto romano I.* 1973. 323 f., *H. Siber*: *Röm. Verfassungsgr.* 15. *Fr. Altheim*: *RG II.* 1953. 21 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 31 f., *V. Arangio-Ruiz*: a. a. O. 15 f., *F. De Martino*, *Storia della cost. rom.*² I. 95 f., *P. De Francisci*: *Prim. civ.* 511 f.; *ders.*: *Arcana imp.* III. 1. 1970. 3 f., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 20 f., *G. Grosso*: *Lezioni di storia del dir. rom.*³ 33 f., *M. Kaser*: *Röm. Rechtsg.*² 34 f., *J. Gaudemet*: a. a. O. 264 f., *A. Maschi*: *Storia del dir. rom.* 1968. 41 f., *P. Frezza*: *Corso*² 17 f., *J. Heurgon*: *Rome et la Méditerranée*

occidentale. 1969. 192 f., *A. Guarino*: Storia del dir. rom.³ 47. f., *E. Gjerstad*: ANRW I. 136 f., *J. Ellul*: a. a. O. 2. 228 f.

⁴⁵ Vgl. *J. A. O. Larsen*: Classical Philology 44 (1949) 164 f., *U. Coli*: SDHI 17 (1951) 8 f. = Scritti di diritto romano I. 330 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 128 f., *W. Kunkel*: Festgabe für M. Gutzwiler. 1959. 3 f., *A. Guarino*: Storia del dir. rom.³ 90 f.

⁴⁶ Vgl. *H. J. Beloch*: RG 225 f., 262 f., *Fr. Leifer*: Klio 23. Suppl. Bd. 100 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 169 f., *A. Alföldi*: Entretiens 13 (1967) 251., *F. De Martino*: Storia della cost. rom.² I. 226 f., *A. Guarino*: Storia del dir. rom.³ 56.

⁴⁷ Vgl. *W. Hoffmann*: Plebs RE XXI. 1. 77 f., *H. Siber*: ebd. 103 f., *ders.*: Röm. Verfassungsg. 40., *Fr. Altheim*: RG II. 179 f., 207 f., *E. Meyer*: Röm. Staat u. Staatsg.³ 43 f., *P. Frezza*: Corso² 106 f., *A. Guarino*: La rivoluzione della plebe. Napoli 1975. 184 ff.

⁴⁸ *Dion.* Hal. VI. 95. 2; *Festus*, s. v. praetor, p. 166. 19 f. L. Vgl. *R. Werner*: bei *H. Bengtson*: Die Staatsverträge des Altertums II. 23., *ders.*: Der Beginn d. röm. Republik. 444 f.

⁴⁹ Vgl. *A. Alföldi*: Entretiens 13. (1967) 241.

⁵⁰ Vgl. *Fr. Leifer*: Klio 23. Beih. 60 f., *H. Rudolph*: Stadt und Staat im röm. Italien. Leipzig 1935. (1965). 2 f., *S. Mazzarino*: Dalla monarchia... 86 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 645., *P. Bonfante*: Storia del dir. rom.⁴ I. 1958. 95., *F. De Martino*: Storia della cost. rom.² I. 223 f., *P. Frezza*: Corso² 24 f., 63.

⁵¹ Vgl. *Th. Mommsen*: RG¹³ I. 246 f., *ders.*: RStR³ I. 30., *E. Kornemann*: RG³ I. 88. *U. v. Lübtow*: a. a. O. 208 f., *E. Meyer*: Röm. Staat u. Staatsg.³ 38., *P. Frezza*: Corso² 76 f.

⁵² Vgl. *U. Coli*: RIDA 7 (1960) 361 f. = Scritti di diritto romano II. 1973. 221 f., wo die frühere Literatur angeführt ist. *A. Magdelain*: Hommages à J. Bayet. 1964. 437 f., *ders.*: RHD (1964) 198 f., *ders.*: Recherches sur l'«imperium». 1968., *P. Frezza*: Corso² 65., *A. Guarino*: Storia³ 42.

⁵³ Vgl. *M. Weber*: Wirtschaft u. Gesellschaft, 758 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 143 f., *P. De Francisci*: Primordia civ. 371., 593 f., *P. Frezza*: Corso² 69 f.

⁵⁴ Vgl. *P. De Francisci*: Prim. civ. 277 f., 511 f., *P. Catalano*: Contributi allo studio del diritto augurale I. 1960. 191 f., *A. Magdelain*: Hommages à J. Bayet. 427 f., *ders.*: Recherches sur l'«imperium», passim, *J. Heurgon*: a. a. O. 202 f.

⁵⁵ *U. v. Lübtow*: a. a. O. 164 f., *A. Magdelain*: RHD (1964) 198 f., *E. Meyer*: Röm. Staat u. Staatsg.³ 474., *P. Frezza*: Corso² 73., *J. Heurgon*: a. a. O. 218.

⁵⁶ Vgl. *E. Kornemann*: Intern. Monatsschrift (1920) 452 f., *ders.*: RG³ I. 88 f., *K. J. Beloch*: RG 1926. 225 f. *V. Arangio-Ruiz*: a. a. O. 1957. 28., *P. Bonfante*: Storia del dir. rom.⁴ I. 1958. 95., *F. De Martino*: Storia della cost. rom.² I. 189 f., *A. Guarino*: Storia del dir. rom.³ 97., *J. Ellul*: a. a. O. 2. 273.

⁵⁷ Vgl. *U. v. Lübtow*: a. a. O. 191 f., *P. Frezza*: Corso² 98 f.

⁵⁸ Vgl. *U. v. Lübtow*: a. a. O. 298 f., *F. De Martino*: Storia della cost. rom.² I. 152 f., 238 f.

⁵⁹ Vgl. *M. Kaser*: Das altr. Ius. 1949. 66., *ders.*: Röm. Rechtsg.² 51., *ders.*: RP² I. 66 f., *J. Bleicken*: Hermes 85 (1957) 351 f., *F. De Martino*: Storia della cost. rom.² I. 272 f., *G. Grosso*: a. a. O. 41 f., *P. Frezza*: Corso² 57 f., *A. Guarino*: Storia del dir. rom.³ 78 f.

⁶⁰ Vgl. *E. Meyer*: Röm. Staat u. Staatsg.³ 27 f., *A. Magdelain*: RHD (1964) 198 f., *J. Heurgon*: a. a. O. 216 f., *J. Ellul*: a. a. O. 2. 254 f.

⁶¹ Vgl. *P. De Francisci*: Studi Arangio-Ruiz I. 1953. 1 f., *ders.*: Prim. civ. 690 f., *E. Schönbauer*: Historia 2 (1953) 21 f., *J. S. Staveley*: Historia 5 (1956) 74 f., *E. Meyer*: Röm. Staat u. Staatsg.³ 64 f., *H. Bengtson*: Grundriß d. röm. Gesch. I. 1967. 51., *P. Frezza*: Corso² 157 f., *A. Guarino*: Storia³ 64 f.

⁶² Über die Wahl der ersten Konsuln: *Liv.* I. 60. 4.; *G. Rotondi*: Leges publicae pop. Rom. 190 f.

⁶³ IX. 1. 2 Taf.

⁶⁴ Vgl. *H. Siber*: Röm. Verfassungsr. 46., *Fr. Altheim*: RG II. 220., *P. De Francisci*: Studi Arangio-Ruiz I. 1. f., *ders.*: Prim. civ. 771., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 298 f., *U. Coli*: SDHI 21 (1955) 181 f. = Scritti di dir. rom. II. 1973. 571., *F. De Martino*: Storia della cost. rom.² I. 259., 458., *E. Meyer*: Röm. Staat u. Staatsg.³ 64., *W. Kunkel*: Röm. Rechtsg.⁴ 20., *G. Grosso*: Lezioni di storia del dir. rom.³ 212 f., *Fr. Wieacker*: Entretiens 13 (1967) 304 f., *M. Kaser*: Röm. Rechtsg.² 71., *J. Gaudemet*: a. a. O. 314., 318., A.

Guarino: *Storia del dir. rom.*⁴ 198 f., *Dulceit-Schwarz*: *Röm. Rechtsg.* 30., *E. Gjerstad*: *ANRW I. 1.* 179 f., *J. Ellul*: a. a. O. 2. 316.

⁶⁵ Die Anf. d. Lit. bei *U. v. Lübtow*: a. a. O. 148. Vgl. *A. Alföldi*: *Entretiens* 13 (1967) 229.

⁶⁶ Vgl. *E. Ferenczy*: *Festschrift Altheim I.* 150. *Ders.*: *From the Patrician State to the Patricio-Plebeian State.* Budapest – Amsterdam 1976. 34.

⁶⁷ Vgl. *H. Siber*: *Röm. Verfassungsr.* 46., *Fr. Altheim*: *RG II.* 1953. 214 f., *F. De Martino*: *Storia*² 243 f., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 60 f., *W. Kunkel*: *Röm. Rechtsg.*¹ 31 f., *Fr. Wieacker*: *Entretiens* 13 (1967) 293 f., *M. Kaser*: *Röm. Rechtsg.*² 66 f., *P. Frezza*: *Corso*² 118 f., *G. Crifò*: *ANRW I. 2.* 115 f.

⁶⁸ Vgl. *Fr. Wieacker*: *Entretiens* 13. 293 f., *M. Kaser*: *Röm. Rechtsg.*² 66. f., *E. Ferenczy*: *Festschrift Altheim I.* 149 f., *G. Crifò*: *ANRW I. 2.* 115 f., *J. Ellul*: a. a. O. 2. 281 f.

⁶⁹ Vgl. die in Anm. 64 angef. Literatur.

⁷⁰ Vgl. *U. Coli*: *SDHI* 17 (1951) 1 f. = *Scritti di diritto romano I.* 1973. 323 u. passim.

⁷¹ Vgl. *J. Suolahti*: *The Roman Censors*, Helsinki 1963., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 71., *G. Piéri*: *L'histoire de Cens.* Paris 1968., *P. Frezza*: *Corso*² 168 f., *A. Guarino*: *Storia*³ 99 f.

⁷² Vgl. *U. Coli*: 21 (1955) 181 f. = *Scritti di diritto romano II.* 1973. 571 f., *L. R. Taylor*: *The Voting Districts of the Roman Republic.* 1960. passim., *A. Alföldi*: *Hermes* 90 (1962) 187 f., *ders.*: *ERL* 296 f., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 57 f., *J. Gaudemet*: a. a. O. 323 f., *P. Frezza*: *Corso*² 153 f., *A. Guarino*: *Storia del dir. rom.*³ 182 f.

⁷³ Vgl. *H. Siber*: *Röm. Verfassungsr.* 42., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 97., *F. De Martino*: *Storia della cost. rom.*² I. 257., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 44., *P. Frezza*: *Corso*² 125. *A. Guarino*: *Storia*³ 82., *E. Gjerstad*: *ANRW I. 1.* 184.

⁷⁴ Vgl. *G. O'Brien Moore*: *RE VI. Suppl. Bd.* 668 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 244 f., *F. De Martino*: *Storia della cost. rom.*² I. 263 f.

⁷⁵ Über den Charakter des antiken Geschlechterstaates, bzw. den des voretruskischen Roms, neuerdings meisterhaft *A. Alföldi*: *Die Struktur des voretruskischen Römerstaates*, 1974. Eine detaillierte Anführung der sich auf den Übergang von der Monarchie zur Republik beziehenden Literatur vgl.: *U. v. Lübtow*: a. a. O. 164 f., 180 f., *A. Guarino*: *Labeo* 9 (1963) 346 f.; 17 (1971) 309 f.; *ders.*: *Storia del dir. rom.*³ 54 f., *ders.*: *Atti dell'Accademia* ... in *Napoli* 82 (1971) 288 f., *R. Werner*: a. a. O. 240 f. u. passim.

Über die Interregalordnung: *G. O'Brien Moore*: *RE VI. Suppl. Bd.* 668 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 179 f., *F. De Martino*: *Storia della cost. rom.*² I. 267 f., *A. Magdelain*: *Hommages à J. Bayet.* 427 f., *J. Gaudemet*: a. a. O. 336. *U. Coli*: *Scritti di dir. rom.* II. 1028 f., *J. Jahn*: *Interregnum und Wahldiktatur.* 1970. passim., *A. Guarino*: *Atti dell'Accademia* ... in *Napoli* 82 (1971) 288 f.

⁷⁶ Vgl. *G. O'Brien Moore*: *RE VI. Suppl. Bd.* 668 f., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 181 f., *F. De Martino*: *Storia della cost. rom.*² I. 406 f., *ders.*: *ANRW I. 1.* 232 f., *A. Guarino*: *Labeo* 17 (1971) 309 f., *ders.*: *Atti* ... 82 (1971) 288 f.

⁷⁷ Vgl. *G. O'Brien Moore*: *RE VI. Suppl. Bd.* 673 f., *H. Siber*: *Röm. Verfassungsr.* 65., *U. v. Lübtow*: a. a. O. 176 f., 244 f., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 73 f., *E. Ferenczy*: *Acta Ant. Acad. Sc. Hung.* 15 (1967) 27 f., *P. Frezza*: *Corso*² 153., 197 f., *A. Guarino*: *Storia*³ 199 f.

⁷⁸ Vgl. *A. Bernardi*: *Rend. Inst. Lomb.* 79 (1945–46) 10 f., *ders.*: *Riv. stor. ital.* 62 (1950) 2875. f., *H. Siber*: *Röm. Verfassungsr.* 39 f., *Fr. Altheim*: *RG II.* 1953. 179 f., 202 f., *F. De Martino*: *Storia della cost. rom.*² I. 334 f., *J. Gaudemet*: 294 f.

⁷⁹ Vgl. *Fr. Altheim*: *RG II.* 202 f., *E. Meyer*: *Röm. Staat u. Staatsg.*³ 60 f., *Fr. Wieacker*: *Entretiens* 13 (1967) 293 f., *M. Kaser*: *Röm. Rechtsg.*² 66 f., *A. Guarino*: *Storia del dir. rom.*³ 130, f., *G. Crifò*: *ANRW I. 2.* 115 f., *J. Ellul*: a. a. O. 2. 281 f.